



Alexander Salomon

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12

Pressemitteilung

vom 23.11.11

Nachsimulation bestätigt die Probleme mit Stuttgart 21 in Bruchsal Salomon: Landrat Dr. Schaudigel verkennt die Fakten und handelt gegen seine Bürgerinnen und Bürger

„Mitnichten kann davon ausgegangen werden, dass die Bahnnutzer und -nutzerinnen in der Region Bruchsal/Karlsruhe von Stuttgart 21 profitieren.“ widerspricht der Grünen-Landtagsabgeordnete Alexander Salomon den Aussagen der CDU-Politiker Landrat Dr. Schnaudigel und MdB Gutting.

Die Ergebnisse aus dem Stresstest bleiben unverändert gültig. Durch öffentlich zugängliche Daten (von SMA erstellte Netzgrafik des Stresstestfahrplans) wird belegt, dass bei den Zugverbindungen zwischen Bruchsal und Stuttgart im Grundangebot tagsüber keine Verbesserungen eingeplant sind, während in der für die Pendler wichtigen Hauptverkehrszeit am frühen Morgen eine drastische Reduzierung des Fernzugangebotes von 4 auf 1 Zug zwischen 6 und 8 Uhr ab Bruchsal geplant ist - bei unverändertem Nahverkehrsangebot. Die dem Land übermittelte Netzgrafik des finalen Simulationslaufes enthält keinen einzigen weiteren von Bruchsal kommenden Fernzug. Der von der DB erarbeitete Fernverkehrsfahrplan sieht unverändert zwischen 6 und 8 Uhr eine Fernzugabfahrt gegen 6.52 Uhr vor, während die heutigen Fernzüge um 6.17 Uhr, 7.19 Uhr und 7.58 Uhr ab Bruchsal nach Stuttgart in diesem Fahrplan nicht mehr vorgesehen sind.

Den Erhalt der fünf schon jetzt schon vollausgelasteten IC-Verbindungen über Bruchsal nach Stuttgart hat die Deutsche Bahn weder zugesagt, noch kann bestritten werden, dass die zweifelhafte Kapazität des Tiefbahnhofs Stuttgart 21 in der Hauptpendelzeit (Spitzenstunde) einen Erhalt dieser Verbindungen nicht deutlich erschwere.

„Die Bürgerinnen und Bürger sind diese ungedeckten Schecks leid. Sie verdienen endlich die Wahrheit über die tatsächlichen Auswirkungen des Projekts Stuttgart 21 auf die Region Bruchsal / Karlsruhe. Diese Wahrheit kann nur aus belegbaren Fakten bestehen und nicht aus dem vom Landrat offenbar praktizierten Prinzip Augen zu und durch. Alles andere ist aus meiner Sicht grob fahrlässig. Ich würde mir im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger wünschen, dass sich die beiden CDU-Politiker da zukünftig besser informieren.“ kommentiert Salomon den erneuten ungedeckten Vorstoß.

Die Aussage, für das zukünftige Verkehrsangebot sei das Land zuständig und müsste daher die notwendigen Züge bei der Bahn nur bestellen und finanzieren, ist schlichtweg falsch und trifft auf das Fernverkehrsangebot nicht zu.

"Es macht keinen Sinn, Züge zu bestellen, die aus Kapazitätsengpässen im Tiefbahnhof nicht einfahren können. Es ist unverständlich und nicht nachvollziehbar, wie man anhand des zukünftigen Fahrplans von Verbesserungen sprechen kann und lässt den Schluss zu, dass sich Dr. Schnaudigel nicht eingehend mit den Auswirkungen von Stuttgart 21 befasst hat und nun nach dem letzten Strohalm greift." bilanziert Salomon.

Aber nicht nur die gestrichenen Verbindungen rufen zur Besorgnis beim Grünen Abgeordneten auf, auch die zukünftige Förderung des ÖPNVs wirft Fragen auf. Die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel von 286 Mio. € und Nahverkehrsmittel des Bundes von 365 Mio. Euro sollten für die Verbesserung der Infrastruktur im ÖPNV genutzt werden, fließen aber in das Projekt Stuttgart 21, das ohne diese Mittel vom Land nicht zu finanzieren wäre.

„Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf sich vor der Abstimmung am Sonntag zu informieren und zu beteiligen und sich nicht auf ungedeckte Schecks, sondern schriftlich belegte Fakten zu verlassen.“ erklärt Salomon abschließend.

Mehr Infos zu S 21 auf den Seiten des Verkehrsministeriums unter :
<http://www.mvi.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/102376/>